

## **Europäische Geldpolitik**

### Das Europäische System der Zentralbanken als Instrument neoliberaler Ideologie?

<b>1. Einleitung</b> .....	<b>2</b>
1.1 Ausgangslage und Fragestellung .....	2
1.2 Begriffliche Annäherung: was bedeutet neoliberal? .....	4
<b>2. Die Wirtschafts- und Währungsunion – Integrationshöhepunkt aus ökonomischer Perspektive</b> .....	<b>4</b>
<b>3. Die europäische Geldpolitik vor dem Hintergrund alternativer ökonomischer Theorien</b> .....	<b>6</b>
3.1 Das neoklassisch-monetaristische Modell .....	6
3.2 Das keynesianische Modell .....	8
<b>4. Das Europäische System der Zentralbanken</b> .....	<b>9</b>
4.1 Institutioneller Rahmen .....	9
4.2 Die Preisstabilität als zentrale Prämisse des Gemeinschaftsvertrags .....	10
4.3 Die Zwei-Säulen-Strategie der EZB .....	11
4.4 Der Faktor Arbeitslosigkeit im Europäischen Wirtschaftsraum .....	12
<b>5. Theorie und Wirklichkeit der europäischen Geldpolitik – die EZB als liberales Instrument?</b> .....	<b>14</b>
<b>6. Zusammenfassung</b> .....	<b>17</b>
Bibliographie .....	19

## 1. Einleitung

„Die zentrale Annahme dieses Denkens [des Neoliberalen, Anm. d. Verf.] ist, dass die monetäre Integration Europas, symbolisiert durch den Euro, die unerlässliche Voraussetzung[...]für die politische Integration Europas darstellt.[...]Was impliziert, dass es dann so erscheint, als ob derjenige, der sich der monetären Integrationspolitik und ihren Protagonisten[...]widersetzt, sich der politischen Integration widersetze, als ob er, kurz gesagt, „gegen Europa“ sei.

*Pierre Bourdieu*<sup>1</sup>

### 1.1 Ausgangslage und Fragestellung

Tatsächlich ist die europäische Integration seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) eng mit einem ökonomischen Impetus, einer monetären Integrationspolitik, wie Bourdieu es ausdrückt, verknüpft.<sup>2</sup> Zwar hat das theoretische Modell des Funktionalismus, dem diese Entwicklung in ihren Anfängen zu Grunde lag, den Zugriff auf nicht-monetäre Politikfelder nicht ausgeschlossen, im Gegenteil diesen sogar prognostiziert, die Erkenntnis allerdings, wonach die wirtschaftliche Integration Europas auf Kosten einer politischen Vereinigung vonstatten ging, scheint heute intellektuelles Gemeingut. Der ökonomische Primat der Integration hat durch den Vertrag von Maastricht und durch die am 1. Jänner 1999 gestartete Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) noch zusätzlich an Bedeutung gewonnen. Der europäische Binnenmarkt, der drei Viertel des europäischen Handels vereinnahmt, ist daher nicht nur Motor innereuropäischen Konkurrenzstrebens, sondern durch die Vereinheitlichung der Geldpolitik auch potentieller Gegner nationalstaatlicher Sozialpolitik (Bourdieu 1997b, 175). Es scheint daher nur folgerichtig, dass erst Recht im Kontext der Globalisierungs- und Hegemoniedebatte, auch (oder gerade) der europäische Binnenmarkt einer Kritik unterzogen werden muss, die gegen die Gedankenwelt des Neoliberalismus rekurriert. Denn legt man die These Röttgers zu Grunde, wonach die europäische Integration „integraler Bestandteil dieser politökonomischen Transformation“ (des Neoliberalismus) sei, und nicht bloß autonome Restrukturierung der fordistischen

---

<sup>1</sup> Aus Bourdieu (1997a,12).

Nachkriegsära (1997, 146), so erscheint die Europäische Union nicht als „Opfer“ der Globalisierung, sondern als Motor und Katalysator neoliberaler Politik- und Wirtschaftsordnung.<sup>3</sup> Mit anderen Worten: die Schaffung eines internationalen Wirtschaftsraums mit geringer politischer Steuerungsfähigkeit entspricht der polit-ökonomischen Charakteristik einer neoliberalen Programmatik und ist darüber hinaus als zentrales Element der europäisch-ökonomischen Integration zu identifizieren.

Durch die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung, des Euro, wurden darüber hinaus die geldpolitischen Kompetenzen weitgehend dem Europäischen System der Zentralbanken überantwortet (ESZB). Die korrelativen Wirkungsweisen im Koordinatensystem Europäische Integration und Neoliberalismus verdichten sich daher in der Institution der Europäischen Zentralbank (EZB) und deren Geldpolitik. Zwar existieren diese nicht in einem sozialen, polit-ökonomischen und institutionellen Vakuum, wie noch zu zeigen sein wird; der Binnenmarkt und dessen neoliberaler Anstrich allerdings ist maßgeblich mit Dasein und Politik der EZB verbunden. Welche Konsequenzen bringt also eine gemeinsame Währung einem Wirtschaftsraum, der kein Staatlicher im traditionellen Verständnis ist? Welche Rolle spielt dabei die Europäische Zentralbank als Hüterin dieser gemeinsamen Währung und erscheint es schließlich gerechtfertigt ihren geldpolitischen Kurs als neoliberal zu deklarieren?

Zur Beantwortung dieser Fragen werden zuerst die historisch-politischen Grundzüge der europäischen Wirtschaftsintegration und der WWU kurz skizziert. Vor dem Hintergrund der historischen und ökonomischen Bedingungen des Binnenmarktes wird anschließend die Geldpolitik der EZB einer kritischen Analyse unterzogen, die, wie einleitend dargestellt, hinsichtlich einer neoliberalen Orientierung dieser erfolgen wird. Durch ökonomische (in Form wirtschaftswissenschaftlicher Modelle), legislative und empirische Indikatoren werden schlussendlich die Zusammenhänge (einende wie trennende) von Europäischer Zentralbank und Neoliberalismus zur Darstellung gebracht.

---

<sup>2</sup> Vgl. dazu (Wegmann 2002).

## *1.2. Begriffliche Annäherung: was bedeutet Neoliberalismus?*

Neoliberalismus mag zwar kein „Wieselwort“, im Sinne Friedrich A. von Hayeks, sein, doch bedarf es spezifischer Konkretisierungen, um im Spektrum akademischer wie feuilletonistischer Diskurse ein Mindestmaß an semantischer Aussagekraft zu bewahren. Es ist schließlich nicht unerheblich ob Neoliberalismus in der politischen Ideengeschichte, der Ökonomie oder den Kulturwissenschaften zum Thema wird, und damit verbunden, gegebenenfalls je unterschiedliche Bedeutungsmuster zu entfalten sind. Der intensive Gebrauch „neoliberaler“ Terminologie im Rahmen mannigfaltiger Themenkreise lässt jedenfalls den Schluss zu, dass die gebotenen Differenzierungen häufig, zu Gunsten argumentativer Wirkungskraft, vernachlässigt werden. Doch um eben jene zu gewährleisten, scheint „der“ Neoliberalismus gewisser inhaltlicher Spezifizierungen zu bedürfen, die notwendigerweise dem Erkenntnisinteresse der disziplinären Perspektive unterliegen. In der vorliegenden Arbeit werden daher dem Begriff des Neoliberalismus vorwiegend ökonomische Konnotationen zugewiesen, die auf den Konzeptionen der neoklassischen Makroökonomie<sup>4</sup> beruhen. Die modelltheoretischen Annahmen des monetaristischen Ansatzes werden in der Folge maßgeblich für die Bewertung der europäischen Geldpolitik von Bedeutung sein.

## **2. Die Wirtschafts- und Währungsunion – Integrationshöhepunkt aus ökonomischer Perspektive**

Begibt man sich auf die Suche nach charakterisierenden Merkmalen der europäischen Integration, so wird man feststellen, dass dieser ein enger Zusammenhang zwischen Krisensymptomen und den darauf folgenden Integrationsbestrebungen bescheinigt werden kann. Die ersten Integrationssschritte in

---

<sup>3</sup> Vgl. auch (Stapelfeldt 1998, 160-179).

<sup>4</sup> Zwar konkurrieren im Rahmen des monetären Paradigmas divergierende Schulen und Ansätze, von der Quantitätstheorie bis zur Neoklassik (vgl. dazu Heine/Herr 2003, 306), die grundlegenden Annahmen sind jedoch weitgehend identisch. Analog dazu das keynesianistische Paradigma. Auf Grund notwendiger Vereinfachungen werden daher die Begriffe bzw. Begriffspaare „Neoklassik“ und „Monetarismus“ ebenso wie „Keynesianismus“ als in sich geschlossene Systeme betrachtet.

Form der EGKS nach dem Zweiten Weltkrieg sind ebenso in diesem Kontext zu verstehen, wie die Schaffung des Binnenmarkts nach der weltweiten Krise des fordistischen Nachkriegsregimes (vgl. Ambrosius 2003, 10). Diese Intention spiegelt sich folglich in den Verträgen zur Einheitlichen Europäischen Akte (1987), sowie im Vertrag von Maastricht (1993), der nicht nur die Vision einer „politischen“ Union vertragstechnisch verankerte, sondern primär die legislativen Voraussetzungen für den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) geschaffen hat. Stellt jedoch die Schaffung des Binnenmarktes, der die souveränen Rechte in den politischen Schlüsselbereichen des Staatswesens kaum in Frage stellt (Zellentin 1996, 36), den politischen Minimalkonsens der Mitgliedstaaten dar, so verwundert es nicht, dass der Aufbau einer „positiven“ Integrationsdynamik an den divergierenden ordnungs- und wirtschaftspolitischen Konzeptionen der Mitgliedstaaten scheitert. In diesem Zusammenhang scheint die Formulierung des damaligen EG-Kommissars Karl-Heinz Narjes, der das Binnenmarkt-Projekt „als größte Deregulierung der Wirtschaftsgeschichte“ (aus Ambrosius 2003, 14) bezeichnet hat, nicht bloß als rhetorische Zuspitzung einer kulminierenden Kommodifizierung, der neoliberalen Programmatik wird vielmehr die Aura einer metaphysischen Offenbarung verliehen.

Die Kritik an der neoliberalen Immanenz der Europäischen Gemeinschaft hat sich gerade an dieser polit-ökonomischen Dichotomie des Vertrags von Maastricht entzündet:<sup>5</sup> der „negativen“ Integration durch den Abbau von Handelshemmnissen sollte ein flankierendes Instrumentarium an sozialen, ökonomischen und ökologischen Maßnahmen seitens der Gemeinschaft zur Seite gestellt werden. Die Kluft zwischen politischer und wirtschaftlicher Herrschaftspraxis war es auch, die zahlreiche Autoren veranlasst hat, die nahende Wirtschafts- und Währungsunion weniger als Integrationsfortschritt denn als politischen „Sprengsatz“ (vgl. die Einleitung in Caesar/Scharrer 1998) zu bezeichnen. Als Ausdruck dieser Kritik am ordnungspolitischen Defizit der WWU kann exemplarisch Busch (1996, 56) zitiert werden, der postuliert, dass diese nur dann überlebensfähig sein wird, wenn sie in eine echte politische Union eingebettet sei, um eine gemeinschaftliche Sozial- und Lohnpolitik koordinieren zu können.

---

<sup>5</sup> Zur Kritik an Maastricht vgl. (Schuster/Weiner 1996), für eine Gesamtschau über den interdisziplinären Diskurs zum Maastrichter Vertrag vgl. (Hrbek 1993).

---

Auf Grundlage dieser polit-ökonomischen Kontroverse soll nun die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank bewertet werden. Da durch die dritte Stufe der WWU der Prozess der wirtschaftlichen Durchdringung weitergeführt und der europäischen Wirtschaftspolitik neue Dimensionen der Zusammenarbeit eröffnet wurden, scheint es sinnvoll, die Aufmerksamkeit auf supranationale Elemente der Wirtschaftspolitik zu konzentrieren. Durch die Fixierung der Wechselkurse, die einheitliche europäische Währung und die gemeinschaftliche Geld- und Währungspolitik ist die Europäische Zentralbank zu einem bedeutenden Akteur im institutionellen Gefüge der Gemeinschaft geworden. Es scheint daher zweckmäßig ihre Geldpolitik vor dem Hintergrund ökonomischer Paradigmen zu beleuchten, um die möglichen Handlungsalternativen einer Notenbank sichtbar zu machen.

### **3. Die europäische Geldpolitik vor dem Hintergrund alternativer ökonomischer Theorien**

In diesem Kontext von Bedeutung ist die Feststellung, dass ökonomische Theorien keinesfalls als unumstößliche Wahrheiten zu betrachten sind, und auch nicht den, häufig selbst gestellten, Prämissen einer positiven, und damit objektivierbaren Wissenschaft im neuzeitlichen Verständnis entsprechen können. Sie sind im Gegenteil, wie jede Sozialwissenschaft, auf Konsens und Legitimität angewiesen, in dem Sinn, dass breite Anerkennung auf akademischer und in der Folge gesellschaftlicher Ebene, die Voraussetzung für politische Umsetzung bedingt (vgl. Walther 1997). Die ideengeschichtlichen Theorien der Volkswirtschaftslehre werden daher den Maßstab bilden, auf dem die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank zu bewerten ist.<sup>6</sup>

#### *3.1 Das neoklassisch-monetaristische Modell*

Die monetäre neoklassische Makroökonomie basiert auf dem Postulat einer Dichotomie zwischen einer realen Wirtschaftssphäre, also der Interaktion der einzelnen Wirtschaftssubjekte und deren Verhalten (der Mikroökonomie), und einer

---

<sup>6</sup> Die Grundzüge der ökonomischen Modelle stammen aus (Heine/Herr 2003).

---

monetären Sphäre, der Geldwirtschaft. Da in der Folge alle relevanten ökonomischen Variablen durch Marktkräfte bestimmt werden, und Geld langfristig neutral ist, kann durch die Geldpolitik das Wirtschaftsgeschehen längerfristig nicht beeinflusst werden. Die Realökonomie wird wie durch Naturgesetze gesteuert angesehen, die unabhängig von gesellschaftlichen Einflüssen existieren und durch Wirtschaftspolitik nur gestört werden.<sup>7</sup> Aus diesem Grund wird auch die interventionistische Bekämpfung konjunktureller Abschwünge in Form von Zinssenkungen abgelehnt, obwohl Geld ausdrücklich als langfristig neutral einzustufen ist. Dieser Geisteshaltung folgend, verbleibt den staatlichen Einrichtungen in weiterer Konsequenz die Aufgabe, einerseits für ordnungskonforme Rahmenbedingungen zu sorgen (Rechtssicherheit), andererseits öffentliche Güter anzubieten (oder anbieten zu lassen) und andere Formen mikroökonomischen Marktversagens zu kompensieren.

Zentrales geldpolitisches Instrument der neoklassischen monetären Theorie ist die Geldmengensteuerung. Diesem Instrument liegt die Auffassung zu Grunde, wonach unabhängige Zentralbanken zur Kontrolle der Geldmenge imstande sind, diese also buchstäblich von außen (exogen) festzuschreiben können. Dabei kommt es weniger auf die Höhe der Wachstumsrate des Geldes an, denn vielmehr auf eine Politik der konstanten Geldmengenzunahme, die wiederum den rationalen Erwartungen der Wirtschaftssubjekte entspricht. Voraussetzung für die anvisierte Geldmengensteuerung ist jedoch, dass die Inflation, als berechenbare Größe, mit einem geringen Wert in der Geldmengenrechnung angesetzt wird. Denn nach neoklassischer Vorstellung reflektieren Inflationen oder Deflationen stets eine zu reichliche oder zu eng bemessene Geldversorgung.

In institutioneller Hinsicht dominiert das Rollentrennungsmodell, welches keinerlei Koordinierung der einzelnen Wirtschaftspolitiken vorsieht, sei dies Geld-, Fiskal- oder Lohnpolitik. Aus dieser Perspektive wird demnach auch der Beschäftigungsgrad auf dem Arbeitsmarkt durch die Geldmenge bestimmt. Der Gleichgewichtsreallohn kann mit Hilfe der Lohnpolitik so fixiert werden, womit dieses Angebot und Nachfrage des Arbeitsmarkts in ein Gleichgewicht zu bringen vermag. Strukturell verbleibt in der

---

<sup>7</sup> Vgl. dazu (Heine/Herr 2003, 306, Anm. 36).

---

Folge nur jene Arbeitslosigkeit, die durch Marktunvollkommenheiten (bspw. unvollständige Marktinformationen) entsteht, sog. „natürliche“ Arbeitslosigkeit.

### *3.2 Das keynesianische Modell*

Wesentliches Merkmal der keynesianischen Auffassung ist die Vorstellung, wonach Märkte nicht per se zu einer befriedigenden Situation der Marktteilnehmer führen. Auf Grund dieser potenziellen Instabilität bedarf die Ökonomie einer Reihe wirtschaftspolitischer Institutionen, die der Produktion von Sicherheit dienen. Entgegen den neoklassisch-monetaristischen Ansprüchen erschöpft sich die Produktion von Sicherheit allerdings nicht auf die Sicherstellung von Rechtssicherheit. Neben privaten Initiativen der Wirtschaftssubjekte (bspw. Langfristige Verträge, Vernetzungen und Kooperationen usw.), werden daher dem Staat weitere Aufgaben zur Reduktion von Unsicherheit zugeschrieben. Dazu zählen Zentralbanken als Marktteilnehmer am Geldmarkt ebenso wie die Tarifparteien auf dem Arbeitsmarkt.

Vorherrschendes Ziel der Geldpolitik ist es, die Investitionstätigkeit der Wirtschaft zu beeinflussen, und zwar über den Hebel der Zinssätze, der, den Regeln von Angebot und Nachfrage entsprechende Wirkungen entfalten soll. Gleichzeitig hat, analog zum neoklassisch-monetaristischen Modell, die Preisniveaustabilität, also die Vermeidung ungezügelter Inflation, entscheidende Bedeutung.<sup>8</sup> Temporäre Gewinninflation jedoch, die in starke Investitionstätigkeiten mündet, sollte nach keynesianischer Auffassung nicht durch geldpolitische Restriktionen in Form hohen Zinsniveaus unterdrückt werden. Es ist daher für den Keynesianismus durchaus vereinbar, das Ziel einer mittelfristigen Preisniveaustabilität, trotz zinspolitischer Flexibilität nicht aus den Augen zu verlieren. In diesem Zusammenhang ist auch die Rolle der Zentralbank zu betrachten. Bereits im neoklassisch-monetaristischen Modell wurde dargelegt, dass Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit einer Zentralbank zu positiven Erwartungen der Wirtschaftssubjekte, zur Reduktion von Unsicherheit und damit zu stabiler Investitionstätigkeit entscheidend beitragen. Auch für den Keynesianismus besitzen diese Maßgaben Gültigkeit, die damit verbundenen Begründungen divergieren jedoch deutlich. Während es der Neoklassik um die Abschottung der per

---

<sup>8</sup> Im Sinne des Keynesianismus liegt eine funktionale Zielinflationsrate zwischen Null und 5%.

---

se stabilen Ökonomie vor den negativen Einflüssen der Politik geht, zielt der Keynesianismus auf die Stabilisierung einer per se instabilen Ökonomie.

In diesem Verständnis ist auch die Arbeitsmarktpolitik keynesianischer Ansätze zu sehen, die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden eine essenzielle Rolle zuerkennen. Langfristige, durch die Tarifparteien ausgehandelte Lohnkontrakte, sind demnach nicht nur ein Mittel zur Erzeugung von materieller und sozialer Sicherheit, sondern auch ein Instrument zur Gewährleistung der Preisniveaustabilität. Da die Zentralbank als zumindest kurzfristig nicht in der Lage gesehen wird, die Geldmenge zu steuern, können schwankende Lohnentwicklungen das Preisniveau destabilisieren, was die Koordination von Geld-, Wechselkurs- und Lohnpolitik notwendig macht.

#### **4. Das Europäische System der Zentralbanken**

##### *4.1 Institutioneller Rahmen*

Mit dem Start der WWU per 1. Jänner 1999 haben die Mitgliedsländer der Eurozone eine, nach Vorbild der Deutschen Bundesbank, politisch unabhängige Zentralbank geschaffen. Die teilnehmenden Länder haben damit einen bedeutenden Teil ihrer staatlichen Souveränität an das Europäische System der Zentralbanken abgegeben. Diesem institutionellen Design liegt die Vorstellung zu Grunde, dass politisch, ökonomisch und personell unabhängige Zentralbanken im Stande sind, von der Politik verursachte Inflationen zu verhindern (Hein 2002, 199,200).<sup>9</sup> Der Anspruch politischer Unabhängigkeit manifestiert sich sowohl in gesetzlich-funktionaler, als auch in personeller Hinsicht und entspricht, wenn auch unter divergierenden Voraussetzungen, dem neoklassischen und keynesianischen Modell.

Das ESZB ist allerdings nur begrenzt mit nationalen Notenbanken vergleichbar, schließlich besteht die Besonderheit darin, dass sich innerhalb des institutionellen Gefüges des ESZB, die EZB und die nationalen Zentralbanken in komplexen

---

<sup>9</sup> Empirische Arbeiten zu dieser These bei (De Grauwe 1997, 176).

Arbeitsbeziehungen befinden. Auf Entscheidungsverfahren und Kompetenzverteilungen soll im Folgenden nicht weiter eingegangen werden, für die weiteren Ausführungen ist jedoch entscheidend zu betonen, dass die ESZB-Organe in einem wirtschaftspolitischen Geflecht verankert sind, das eher einem institutionellen Konglomerat, denn einem zentralistischen oder föderalen Staatsaufbau gleicht (Junius ua 2002, 61). Neben den geldpolitischen Hoheiten der EZB, koexistieren vollkommen vergemeinschaftete Wirtschaftsbereiche (bspw. Agrar- und Wettbewerbspolitik) ebenso wie Politikfelder nationalstaatlicher Zuständigkeit (Finanz-, Sozial- oder Arbeitsmarktpolitik). Von einer tatsächlich unabhängigen Zentralbank in neoklassischem Sinne, kann also ebenso wenig gesprochen werden, wie von einer konzertierten Wirtschaftspolitik im keynesianischen Verständnis.

#### *4.2 Die Preisstabilität als zentrale Funktion der EZB*

Die EZB ist als Notenbank verfassungsmäßig an das Ziel der Geldwertstabilität gebunden. Im Artikel 105 des EG-Vertrages heißt es: „Das vorrangige Ziel des ESZB ist es, die Preisstabilität zu gewährleisten.“<sup>10</sup> Preisstabilität wird dabei definiert als Anstieg des harmonisierten Verbraucherpreisindex für das Euro-Währungsgebiet von unter 2% gegenüber dem Vorjahr (aus Köhler 2002, 38). Nur „soweit dies ohne Beeinträchtigung des Zieles der Preisstabilität möglich ist, unterstützt das ESZB die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft“.<sup>11</sup>

Zwar verpflichtet diese Formulierung das ESZB auch vertragsrechtlich zur Unterstützung von Wachstums- und Beschäftigungszielen, aber die Entscheidungskompetenz, ob eine Unterstützung möglich ist und wie sie gegebenenfalls auszusehen hat, kommt uneingeschränkt dem ESZB zu, ebenso die Frage, welche wirtschaftspolitische Interpretation das ESZB vornimmt und welche geldpolitische Strategie gewählt wird, ist der „autonomen Diagnose-, Analyse- und Entscheidungshoheit der EZB überlassen“ (Priewe 2002, 268). Die EZB ist lediglich in der Währungspolitik an die Zielvorgaben des Rates gebunden, welcher eine akkordierte Wirtschaftspolitik der Gemeinschaft verabschieden kann; der Rat selbst kann jedoch nicht völlig autonom entscheiden, und ist in seinen Möglichkeiten durch den Vertragstext begrenzt, der initiative Wirtschaftspolitiken nur im Einklang mit dem

<sup>10</sup> Abzurufen unter [http://europa.eu.int/eur-lex/de/treaties/dat/C\\_2002325DE.003301.html#anArt99](http://europa.eu.int/eur-lex/de/treaties/dat/C_2002325DE.003301.html#anArt99)

---

Ziel der Preisstabilität vorsieht.<sup>12</sup> Die europäische Geld-, und in der Folge Wirtschaftspolitik, ist also nicht nur durch die vertragsrechtliche Installation der EZB auf monetaristisch, inflationshemmenden Kurs gestimmt. Auch jene Artikel des EGV, welche die gemeinschaftliche Wirtschaftspolitik regeln, folgen diesem Paradigma.

Vergegenwärtigt man die keynesianischen Ausführungen zur investitionsfördernden Wirkung moderater Inflation, ist evident das der strenge, inflationshemmende Kurs der EZB auf Kritik stößt. So weist bspw. Schröder daraufhin, dass aufgrund empirischer Untersuchungen der letzten Jahre, moderate Inflationsraten das reale Wirtschaftswachstum eher begünstigen, als strikte Preispolitik (2002, 148). Die EZB jedoch ist nicht nur vorrangig dem Vertragstext verpflichtet, der sie auf die Bekämpfung der Inflation festlegt, es ist weiters eine hegemoniale Übereinstimmung hinsichtlich der Richtigkeit niedriger Inflationsraten festzustellen. Etwaige Deflationsrisiken, also das substanzielle Schrumpfen von Volkswirtschaften, hingegen spielte weder eine Rolle in der öffentlichen Debatte, noch bei der Gestaltung der Institutionen (Schröder 2002, 150). Denn neben der Geldentwertung stellen auch diese Gefahren für die reale Ökonomie, und damit den individuellen Wohlstand, dar. Die Beispiele Japan und Deutschland zeigen, dass durch das Zusammenspiel verschiedener Faktoren, wie bspw. Niedrigzinspolitik und Rückgang der Bevölkerungszahlen lang anhaltende Rezessionsphasen entstehen können. Ähnlich argumentiert De Grauwe (1997, 180), wonach das Beharren auf minimalen Inflationsraten (möglicherweise unter deren optimalem Wert) nicht nur zu Deflationsrisiken führt, sondern ebenso zur Verringerung der Nominallöhne.

#### *4.3 Die Zwei-Säulen-Strategie der EZB*

Im Rahmen einer validen Beurteilung der europäischen Geldpolitik scheint jedoch angemessen, die zur Messung einer neoliberalen Haltung der EZB angewandte Skala nicht aus den Augen zu verlieren. Als zentrales geldpolitisches Instrument des Monetarismus, als einem Ende dieser Skala, steht die Theorie der Geldmengensteuerung zur direkten Kontrolle der Inflation. Aus den legislativen und institutionellen Vorkehrungen im Rahmen des ESZB hinsichtlich der Preisniveaustabilität können jedoch keine eindeutigen Rückschlüsse auf neoliberale

---

<sup>11</sup> Ebda.

Orientierungen gezogen werden. Das hieße, geldpolitische Zielsetzungen (Preisniveaustabilität) und die zu deren Verwirklichung eingesetzten Instrumentarien (Geldmengensteuerung) zu verwechseln. Die Inflationsbekämpfung ist darüber hinaus auch ein wesentliches Ziel des Keynesianismus. Da also Preisstabilität nicht durch eine exakte Kontrolle der Geldmenge erreicht werden kann (erste Säule), hat sich eine Reihe von Volkswirtschaften (wie jene der Mitgliedstaaten der Eurozone) dazu entschieden, sich weniger abstrakten Zielsetzungen als vielmehr antizipativen Zielen, wie eben jene Inflationsziele (zweite Säule), zuzuwenden. Die Europäische Zentralbank hat einen Kompromiss gewählt. Einerseits wird ein Referenzwert (kein Ziel!) für die Geldmenge spezifiziert, andererseits zielt die Aufmerksamkeit auf eine fundierte Beurteilung der künftigen Preisentwicklung (Köhler 2002, 42,43). Der geldpolitische Kurs der EZB wird demnach durchaus ambivalent bewertet: neben dem vorrangigen Ziel der Preisniveaustabilität ist die Geldpolitik der EZB auch an der gleichzeitigen Berücksichtigung eines angemessenen Wirtschaftswachstums orientiert (Filc 2002, 157). Und für Heine/Herr (2002, 93) spricht dieser Kompromiss für eine dichotome Geldpolitik: die monetäre Geldmengensteuerung wird mit der Analyse nichtmonetärer Indikatoren kombiniert. Die erste Säule spiegelt demnach neoklassische, die zweite Säule keynesianische Überzeugungen wider.

#### *4.4 Der Faktor Arbeitslosigkeit im Europäischen Wirtschaftsraum*

Gleichwohl setzt die Orientierung der Zentralbank auf die Inflationsbekämpfung den europäischen Arbeitsmarkt stark unter Druck. So hat eine Reihe empirischer Untersuchungen Ende der 1990er Jahre gezeigt, dass die Herstellung von Preisniveaustabilität durch unabhängige Zentralbanken, auch erhebliche Disinflationkosten in Gestalt höherer Arbeitslosigkeit und geringeren Wachstums fördern kann (Hein 2002, 200; Anm. 6). Neoklassisch ausgerichtete Autoren behaupten, nur ein vernachlässigbar kleiner Teil der Arbeitslosigkeit im Euroraum beruhe auf Nachfragemangel, der überwiegende Teil sei entweder durch zu hohe Reallöhne oder marktinkonforme Regulierung am Arbeitsmarkt begründet (Priewe 2002, 281). Dieser Behauptung kann entgegengehalten werden, dass etwa seit Mitte der 1980er Jahre in vielen Ländern Europas die Lohnquote zurückgeht. Dies als Ausdruck der Tatsache, dass die Reallöhne langsamer als die Produktivität steigen,

---

<sup>12</sup> Ebda.

dass also „Lohnzurückhaltung“ im Sinne der neoklassischen Beschäftigungslogik tatsächlich betrieben wurde, oder sich diese auch gegen den Widerstand von Gewerkschaften durchgesetzt hat (Priewe 2002, 283). Dies hat den sinkenden Wachstumstrend und steigende Arbeitslosigkeit allerdings nicht aufhalten können. Im Gegenteil: mit dem Kurswechsel zu einer inflationshemmenden Geldpolitik in Europa nach 1980 stieg die Arbeitslosigkeit an, und verharrt seitdem in vielen Ländern auf hohem Niveau (Dullien 2002, 179).

Die Spezifika des politischen Systems der Europäischen Gemeinschaft sind weiters ein bedeutender Faktor, der die europaweite Arbeitslosenproblematik maßgeblich beeinflusst. Einer politisch unabhängigen und primär auf Preisniveaustabilisierung verpflichteten EZB stehen in der WWU im zwischenstaatlichen Vergleich sehr verschiedene Lohnverhandlungssysteme und Fiskalpolitiken gegenüber (Hein 2002, 214), die eine koordinierte Wirtschaftspolitik unmöglich machen. Ein erhöhter Koordinationsgrad bspw. der Tarifverhandlungen, als wesentliche positive Einflussgröße für die Beschäftigungsentwicklung, wäre in der Lage die realwirtschaftlichen Einbußen einer ausschließlich an Preisniveaustabilität orientierten Zentralbank zu minimieren (Hein 2002, 211). Durch den nationalen Koordinationsvorsprung hinsichtlich der Tarifverhandlungen hingegen, können einzelne Länder versuchen, Wettbewerbsvorteile zu erzielen, die zu einer Verschärfung der ohnehin starken regionalen Disparitäten des Euroraumes beitragen (Hein 2002, 215). Ein höherer Grad an Koordination der Tarifpolitik im Euroland mit am nationalen Produktivitätswachstum und der Zielinflationsrate der EZB orientierten Lohnsteigerungen würde umgekehrt den Korridor für inflationsstabile Beschäftigungsniveaus erweitern (Hein 2002, 216). Stattdessen befindet sich Europa in der Situation, dass die EZB versucht, im Alleingang die Inflation zu bekämpfen und alle Verantwortung für Wachstum an die Politik und Tarifparteien abschiebt (Dullien 2002, 176).

Eine Senkung der Arbeitslosigkeit in Euroland könnte jedoch auch durch die Deregulierung der Arbeitsmärkte, durch Senkung sozialer Leistungen, durch die Aufhebung von Kollektivverträgen und die Individualisierung von Lohnverhandlungen durchgesetzt werden (Hein 2002, 216). Nach neoliberalerem Muster geschieht das auch vermehrt in den letzten Jahren. Eine solche, auf Schwächung der

gewerkschaftlichen Verhandlungsmacht abzielende Strategie, kann, wie das Beispiel der USA in den 80er und 90er Jahren zeigt, durchaus zu einer besseren Beschäftigungsrate beitragen; allerdings nur unter der Voraussetzung einer koordinierten Geldpolitik, die Arbeitsmarktderegulierungen durch expansive Zinssenkungen belohnt (Hein 2002, 217). Für einen langfristig aufrechtzuerhaltenden Beschäftigungsgrad in Euroland wird daher entscheidend sein, ob die Strategie der EZB zur Preisniveaustabilisierung sich an der US-Notenbank anlehnt und symmetrisch auf Zielverfehlungen reagiert oder ob vielmehr die Strategie der Deutschen Bundesbank mit einer asymmetrischen Reaktion fortgesetzt wird; die transnationale Koordination der Lohnverhandlungen jedenfalls würde für beide Strategien jeweils einen höheren Beschäftigungsgrad und ein stabileres Preisniveau ermöglichen (Hein 2002, 222).

## **5. Theorie und Wirklichkeit der europäischen Geldpolitik – die EZB als neoliberales Instrument?**

Die dargelegte Konzeption hat gezeigt, dass die EZB paradigmatisch nicht an ökonomische Dogmen gebunden ist. Die Unentschlossenheit einer Zwei-Säulen-Strategie, die in einer unkoordinierten Mehrebenenpolitik weitgehend wirkungslos bleiben muss, folgt allerdings im Kern den Modellen des Monetarismus, da sie der Geldmenge und deren Preisniveaustabilität monetären Ursprung zuweist (Heine/Herr 2002, 95). In die gleiche Richtung weist das Inflationsziel der EZB, welches durch seinen engen Bemessungsspielraum nicht nur potenzielle Wachstumschancen begrenzt, sondern auch entsprechende Deflationsrisiken fördert. Der institutionelle Status des ESZB orientiert sich am Modell der Deutschen Bundesbank, welche politische Unabhängigkeit, Geldmengensteuerung und Bekämpfung der Inflation, also neoklassisch-monetaristische Geldpolitik in Reinkultur, jahrelang verkörpert hat. Trotz alledem lässt sich nicht zweifelsfrei behaupten, die Geldpolitik der EZB sei neoliberal. Die sich aus diesen Prämissen ergebenden methodologischen Probleme (bspw. durch die Zusammenführung verschiedener nationaler Finanzsysteme) sind daher auch kaum ausreichend, um von einer neoklassisch-monetaristischen Geldpolitik der EZB zu sprechen. Die Schlussfolgerung einer neoliberalen

---

Orientierung der EZB, im Sinne eines strengen Monetarismus, scheint vor allem deshalb unzulässig, da die postulierten Schwächen der monetären Geldpolitik durch ergänzende Maßnahmen im Rahmen einer zweiten Säule kompensiert werden. Und die Konzentration auf strenge Inflationsziele macht noch kein neoliberales Programm. Schließlich sind Thesen zur politischen Unabhängigkeit von Zentralbanken und zur Bedeutung der Preisniveaustabilität für das Wirtschaftswachstum in den alternativen ökonomischen Paradigmen gleichermaßen Gegenstand der Modellbildung.

Ausgehend von einer institutionellen Bewertung, sind allerdings noch weitere Faktoren der Geldpolitik im WWU zu berücksichtigen. So sind die geldpolitischen Instrumentarien der EZB (im Unterschied zur US-Notenbank) begrenzt, um auf realökonomische Entwicklungen funktional reagieren zu können, da sie dies weder autonom, noch ohne Rücksichtnahme auf institutionelle und vertragsrechtliche Bedingungen tun kann. Aus diesem Grund kann die Frage einer neoliberalen Geldpolitik auch nicht erschöpfend beantwortet werden, sondern nur durch entsprechende Perspektivenwechsel durch je unterschiedliche Motive betrachtet werden. Durch die sektorspezifische Internationalisierung von Politik, Ökonomie und Gesellschaft; lassen sich die Entwicklungen des europäischen Binnenmarktes ebenso wenig separaten politischen Maßnahmen im Einzelnen zuordnen (Ambrosius 2003, 12), wie das für die Maßnahmen der EZB der Fall ist. Zwar entspricht die legislative Priorität der EZB in der Tendenz einem monetaristischen Wirtschaftsverständnis, reale wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme, wie bspw. Massenarbeitslosigkeit, können jedoch nicht ausschließlich der Geldpolitik der EZB zugeordnet werden. Um Preisstabilität und gleichzeitig einen hohen Beschäftigungsgrad erreichen zu können, muss dieser Aufgabe nicht nur die Geldpolitik der EZB gerecht werden, sondern bspw. auch die Finanzpolitiken der Mitgliedsländer (Köhler 2002, 53). Argumentiert man aus keynesianischer Perspektive, so liegen die geldpolitischen Verantwortlichkeiten jenseits einer doktrinären Preisstabilität und müssen doch wirkungslos bleiben angesichts fortschreitender Globalisierungsprozesse (Editorielle Einleitung in Heise 2002, 13), wenn die Wirtschaftspolitik den Zentralbanken überlassen wird, während die nationalen Ökonomien durch den Stabilitätspakt in deren Gestaltungskraft

---

beschränkt sind.<sup>13</sup> Das von der Gemeinschaft auf europäischer Ebene präferierte Rollentrennungsmodell orientiert sich wiederum an der monetaristischen Trennungsdoktrin, und weniger an konvergierten Wirtschafts- und Politiksektoren. Das erstaunt umso mehr, da in maßgeblichen Ländern der Gemeinschaft, bspw. Deutschland, dessen Bundesbank ja auch als Modell der EZB gedient hat, die Koordinierung von Geld-, Finanz- und Lohnpolitik politische Praxis sind oder waren (Heise 2002b, 231). Daher lässt sich konstatieren, dass neben der geldpolitischen Praxis, auch die Gestaltungsmacht der Ideen im historischen Verlauf der politisch-ökonomischen Entwicklungen wirksam gemacht werden müssen.

Mit den folgenden, kurzen Überlegungen zu jenem historischen Verlauf, wird auch eine Verbindung hergestellt, zu jener These, die zu Beginn der vorliegenden Arbeit gestanden hat. Ausgangspunkt der Untersuchung war die Beobachtung, wonach der Prozess der Europäischen Integration stets in einer ökonomisch verankerten Integration ihren tiefsten Ausdruck fand. Und diese ökonomische Integration ist ohne ideengeschichtliche Ergänzungen nicht denkbar. Sie sind notwendig, um die Qualität der Wirtschaftsintegration im zeitlichen Verlauf differenziert betrachten zu können. Ambrosius nennt dies eine Ironie der Geschichte, wenn die Phase der ersten Wirtschaftsintegration in den 50er und 60er Jahren in das Zeitalter des Staatsinterventionismus fällt, und auf Grund dieser Wirkungsmacht, selbst relativ wirkungslos blieb (2003, 15). Das vorherrschende Paradigma der Nationalstaaten (Begriffe wie Keynesianismus oder Fordismus sind hier zu nennen) hat auch deren Wirtschaftspolitik geprägt. Erst der ideologische Paradigmenwechsel, vollzogen in den 1970er und 80er Jahren, hat die Grundlage geschaffen für die Wirtschafts- und Währungsunion und für eine supranationale Geldpolitik. Erst durch die neoliberale Renaissance – „der Mythos Staat wurde vom Mythos Markt abgelöst“ – konnte das Binnenmarkt-Projekt durchgesetzt werden. Ambrosius räumt daher ein, dass „auch ohne das Binnenmarkt-Programm(...)sich das Verhältnis von Staat und Markt geändert [hätte]. Dennoch dürfte seine Bedeutung für die Liberalisierung bestimmter Märkte nicht zu unterschätzen sein.“ (2003, 16). Und für Wylie ist die Entkoppelung der Politik von wirtschaftlichen Entscheidungen nicht nur ein wesentliches Ziel der europäischen Politik- und Wirtschaftseliten gewesen, sondern darüber hinaus die

---

<sup>13</sup> Der Stabilitätspakt wird zwar durch bspw. Deutschland und Frankreich de facto außer Kraft gesetzt, konjunkturelle Wirkungen werden dadurch jedoch nicht entfaltet, da von einer einheitlichen Wirtschaftspolitik der EWU nicht gesprochen werden kann (Köhler 2002, 33).

---

Konstruktion einer monetaristischen EZB die einzige Möglichkeit, um flexiblen Finanzkapital durch niedrige Inflation und institutionelle Glaubwürdigkeit zu dienen (2002, 77).

## **6. Zusammenfassung**

Die Europäische Gemeinschaft zeichnet sich, wie dargelegt, im Sektor der trans- und supranationalen Wirtschaft durch einen höheren Grad an Integration aus, als dies in politischen oder sozialen Dimensionen der Fall ist. Das mag in einem historisch und kulturell zerklüfteten Kontinent auf den ersten Blick nicht verwunden. Bemerkenswert ist allerdings, dass dennoch das europäische Wirtschaftsgeschehen einem weitgehend verbindlichen Kodex unterworfen ist, der einstmals konkurrierende Nationalstaaten in einem Verband interdependenter Wirtschaftsräume vereinigt. Diese Intention ist als ein wesentlicher Katalysator der Europäischen Integration zu identifizieren, von der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl bis zur Wirtschafts- und Währungsunion. Es ist daher nur nahe liegend, dass die Integration kausal mit dem Begriff des Neoliberalismus in Zusammenhang gebracht wird, auch wenn diese Kausalitäten vielfältig und deren Wirkungsweisen nicht exakt zu bestimmen sind. Aus diesem Grund kann die vorliegende Arbeit auch keine eindeutig verifizierbaren Ergebnisse präsentieren; sie kann jedoch auf Grund einer methodisch-ideologischen Perspektivenvielfalt Thesen anbieten, die ein breites analytisches Spektrum abdecken. Ausgehend von einer neoliberalen Immanenz der Europäischen Integration lässt sich daher formulieren, dass diese Immanenz nicht ohne einen ideengeschichtlich-ideologischen Blickwinkel gedacht und verstanden werden kann. Das 20. Jahrhundert hat sich als ein Pendel zweier widerstreitender Wirtschaftstheorien erwiesen, die maßgeblich an der ökonomischen und politischen Gestaltung dieses Jahrhunderts mitgewirkt haben. Es sollte daher auch nicht vergessen werden, dass die doktrinäre Norm einer Theorie nicht nur die Schaffung einer ihr entsprechenden Praxis intendiert, sondern auch die spezifisch, modelltheoretische Betrachtung dieser Praxis impliziert. Um also die forschungsleitende Fragestellung, europäische Geldpolitik im Spannungsfeld des Neoliberalismus, näherungsweise zu einer Beantwortung zu bringen: ein Urteil dieser Geldpolitik muss, alternierend von Standpunkt zu Standpunkt, zu einem ambivalenten Urteil führen. Zwar ist die EZB institutionell an einem monetaristischen

---

Vorbild, der Deutschen Bundesbank, orientiert, ihr geldpolitisches Selbstbild ist aber auch von keynesianischen Zügen geprägt, was sich in einer Zwei-Säulen-Strategie der Geldpolitik manifestiert. Das Problem liegt vielmehr im Bereich einer europaweit unkoordinierten Wirtschaftspolitik, die wiederum eine Brücke zum postulierten Neoliberalismus schlägt. Durch die dritte Stufe der Europäischen Währungsunion hat die Gemeinschaft mit einem deutlich gesunkenen Integrations- und Koordinationsniveau zu tun: was die Nationalstaaten an makroökonomischer Kompetenz verloren haben, wurde auf europäischer Ebene noch nicht wieder gewonnen (Priewe 2002, 262). Damit scheinen auch mögliche Perspektiven aufgezeigt, die jenseits einer monetär-neoliberalen Doktrin liegen: denn diejenigen, die den europäischen Wohlfahrtsstaat behalten wollen, müssen seine Europäisierung unterstützen, denn nach Einführung der gemeinsamen Währung scheint eine Rückkehr zu nationalstaatlichen Ansätzen unmöglich (Busch 2001, 40).

### Bibliographie

*Ambrosius, Gerold* (2003). Historische Dimensionen des europäischen Binnenmarktes. In: *Caesar, Rolf/Scharrer Hans-Eckart* (Hg.). Der unvollendete Binnenmarkt. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.

*Bourdieu, Pierre* (1997). Der Tote packt den Lebenden. Schriften zu Politik & Kultur 2. VSA-Verlag, Hamburg.

*Bourdieu, Pierre/Debons, Claude/Hensche, Detlef/Lutz, Burkart* ua (1997). Perspektiven des Protests. Initiativen für einen europäischen Wohlfahrtsstaat. VSA-Verlag, Hamburg.

*Bourdieu, Pierre* (1997a). Die fortschrittlichen Kräfte. In: *ders./Debons, Claude/Hensche, Detlef/Lutz, Burkart* ua. Perspektiven des Protests. Initiativen für einen europäischen Wohlfahrtsstaat. VSA-Verlag, Hamburg.

*Bourdieu, Pierre* (1997b). Warnung vor dem Modell Tietmeyer. In: *ders.* Der Tote packt den Lebenden. Schriften zu Politik & Kultur 2. VSA-Verlag, Hamburg.

*Busch, Klaus* (1996). Nicht reif für eine gemeinsame Währung! Die Europäische Währungsunion und die Gefahr eines Lohn- und Sozialdumping. In: *Schuster, Joachim/Weiner, Klaus Peter*. Maastricht neu verhandeln. Reformperspektiven in der Europäischen Union. PapyRossa Verlag, Köln.

*Busch, Klaus* (2001). Economic Integration and the Welfare State: The Corridor Model as a Strategy for an European Social Policy. In: *Haller, Max* (Hg.). The Making of the European Union. Contributions of the Social Sciences. Springer Verlag, Berlin ua.

*Caesar, Rolf/Scharrer, Hans-Eckart* (Hg.) (1998). Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Regionale und globale Herausforderungen. Europa Union Verlag, Bonn.

*Caesar, Rolf/Scharrer, Hans-Eckart* (Hg.) (2003). Der unvollendete Binnenmarkt. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.

*De Grauwe, Paul* (1997). The Economics of Monetary Integration. Oxford University Press, Oxford ua.

*Dullien, Sebastian* (2002). Gewerkschaften, Geldpolitik und Beschäftigung. In: *Heise, Arne* (Hg.). Neues Geld – alte Geldpolitik? Die EZB im makroökonomischen Interaktionsraum. Metropolis-Verlag, Marburg.

*Filc, Wolfgang* (2002). Überlegungen zum wachstumsneutralen Zins. In: *Heise, Arne* (Hg.). Neues Geld – alte Geldpolitik? Die EZB im makroökonomischen Interaktionsraum. Metropolis-Verlag, Marburg.

*Haller, Max* (Hg.) (2001). The Making of the European Union. Contributions of the Social Sciences. Springer Verlag, Berlin ua.

*Hein, Eckhard* (2002). Geldpolitik und Verhandlungssysteme in der EWU. In: *Heise, Arne* (Hg.). Neues Geld – alte Geldpolitik? Die EZB im makroökonomischen Interaktionsraum. Metropolis-Verlag, Marburg.

*Heine, Michael/Herr, Hansjörg* (2002). Zwickmühlen der europäischen Geldpolitik: Muddling Through mit John Maynard Friedman? In: *Heise, Arne* (Hg.). Neues Geld – alte Geldpolitik? Die EZB im makroökonomischen Interaktionsraum. Metropolis-Verlag, Marburg.

*Heine, Michael/Herr, Hansjörg* (2003). Volkswirtschaftslehre. Paradigmenorientierte Einführung in die Mikro- und Makroökonomie. R. Oldenbourg Verlag, München – Wien.

*Heise, Arne* (Hg.) (2002). Neues Geld – alte Geldpolitik? Die EZB im makroökonomischen Interaktionsraum. Metropolis-Verlag, Marburg.

*Heise, Arne* (2002b). Ein Loblied auf den kooperationsfreudigen Zentralbanker. In: ders (Hg.). Neues Geld – alte Geldpolitik? Die EZB im makroökonomischen Interaktionsraum. Metropolis-Verlag, Marburg.

*Junius, Karsten* ua (2002). Handbuch Europäische Zentralbank. Beobachtung, Analyse, Prognose. Uhlenbruch Verlag, Bad Soden/Ts.

*Köhler, Claus* (2002). Transmissionsmechanismen der Geld- und Kreditpolitik. In: Heise, Arne (Hg.). Neues Geld – alte Geldpolitik? Die EZB im makroökonomischen Interaktionsraum. Metropolis-Verlag, Marburg.

*Priewe, Jan* (2002). Kooperative makroökonomische Politik für stabile Preise und mehr Beschäftigung in Europa. In: Heise, Arne (Hg.). Neues Geld – alte Geldpolitik? Die EZB im makroökonomischen Interaktionsraum. Metropolis-Verlag, Marburg.

*Röttger, Bernd* (1997). Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation. Die politische Konstitution des Marktes. Westfälisches Dampfboot, Münster.

*Schröder, Wolfgang* (2002). Moderate Inflation – Sand oder „grease“ im Getriebe der Realökonomie? In: Heise, Arne (Hg.). Neues Geld – alte Geldpolitik? Die EZB im makroökonomischen Interaktionsraum. Metropolis-Verlag, Marburg.

*Schulmeister, Stephan* ua (1997). Wirtschaftspolitische Alternativen zur globalen Hegemonie des Neoliberalismus. Verlag des ÖGB, Wien.

*Schuster, Joachim/Weiner, Klaus Peter* (1996). Maastricht neu verhandeln. Reformperspektiven in der Europäischen Union. PapyRossa Verlag, Köln.

*Stapelfeldt, Gerhard* (1998). Die Europäische Union – Integration und Desintegration. Kritik der ökonomischen Rationalität. Dritter Band. Lit Verlag, Hamburg.

*Verdun, Emy* (Hg.) (2002). The Euro. European Integration Theory and Economic and Monetary Union. Rowman & Littlefield, Lanham ua.

*Walther, Herbert* (1997). Ökonomische Doktrinen als Werkzeug politischer Legitimation: Das Beispiel des Keynesianismus. In: Schulmeister, Stephan ua. Wirtschaftspolitische Alternativen zur globalen Hegemonie des Neoliberalismus. Verlag des ÖGB, Wien.

*Wegmann, Milène* (2002). Früher Neoliberalismus und europäische Integration. Interdependenz der nationalen, supranationalen und internationalen Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft (1932 - 1965). Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.

*Wylie, Lloy* (2002). EMU: A Neoliberal Construction. In: Verdun, Emy (Hg.). The Euro. European Integration Theory and Economic and Monetary Union. Rowman & Littlefield, Lanham ua.

*Zellentin, Gerda* (1996). Die Europäische Währungsunion – Fortschritt oder Rückschritt für die Integration? In: Schuster, Joachim/Weiner, Klaus Peter (1996). Maastricht neu verhandeln. Reformperspektiven in der Europäischen Union. PapyRossa Verlag, Köln.